

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 30. Juni 1999**

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete	Nummer der Frage
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	25, 26	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	6, 27
Böttcher, Maritta (PDS)	23, 24	Kutzmutz, Rolf (PDS)	19, 20
Bulling-Schröter, Eva-Maria (PDS)	21, 22	Lenke, Ina (F.D.P.)	16
Ehlert, Heidemarie (PDS)	39	Naumann, Kersten (PDS)	13
Günther, Joachim (Plauen) (F.D.P.)	4, 5	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	28
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	3, 7	Ostrowski, Christine (PDS)	37, 42
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	10, 11	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	12
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	35, 36	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	8, 9
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	1	Dr. Seifert, Ilja (PDS)	17, 18
Homburger, Birgit (F.D.P.)	2	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	33, 34
Hübner, Carsten (PDS)	38	Schenk, Christina (PDS)	40
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	14, 15	Siemann, Werner (CDU/CSU)	29, 30
Jüttemann, Gerhard (PDS)	41	Dr. Wolf, Winfried (PDS)	31, 32

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung mit der neugefaßten Sommersmogverordnung Restriktionen für alle am Straßenverkehr teilnehmenden Lastkraftwagen oder sind diese nur für in Deutschland zugelassene Lkw zu erwarten? |
| 2. Abgeordnete
Birgit
Homburger
(F.D.P.) | Stimmt es, daß beim Umweltministerrat vom 24./25. Juni 1999 – wie der Presse erneut zu entnehmen war – nicht nur die kostenlose Rücknahme der Altfahrzeuge durch die Hersteller ab 2003 umstritten war, sondern auch die geplante Verwertungsquote von 95 Gewichtsprozent eines Autos ab 2015 sowie das Verbot von Schwermetallen in Fahrzeugen, vor dem Hintergrund, daß die Parlamentarische Staatssekretärin Simone Probst am 23. Juni 1999 im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit noch erklärt hat, daß „nur“ die kostenlose Rücknahme der Altautos beim EU-Umweltministerrat umstritten sei? |

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|--|---|
| 3. Abgeordneter
Norbert
Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU) | Mit welchem Ergebnis wurden die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Bundesstadt Bonn zum sog. Bonn-Vertrag abgeschlossen, deren Ende der Staatsminister Dr. Michael Naumann in der Fragestunde vom 3. März 1999 für Juni 1999 angekündigt hat? |
|--|---|

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

- | | |
|--|---|
| 4. Abgeordneter
Joachim
Günther
(Plauen)
(F.D.P.) | Welcher finanzielle Gesamtaufwand wird nach gegenwärtigem Kenntnisstand für die humanitäre Soforthilfe sowie für die mittelfristige Wiederaufbauhilfe im Kosovo veranschlagt, und in welchem Umfang ist eine deutsche Beteiligung |
|--|---|

hieran sowohl bilateral als auch im multilateralen Rahmen beabsichtigt, wenn man dabei eine faire Lastenteilung der Gebergemeinschaft als Grundlage nimmt?

5. Abgeordneter
**Joachim
Günther
(Plauen)**
(F.D.P.)

In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, daß deutsche Firmen bei der Vergabe von Aufträgen, insbesondere durch die geplante EU-Wiederaufbauagentur und durch die internationalen Finanzinstitutionen Internationaler Währungsfonds und Weltbank, in einem deutschen Anteil an den Wiederaufbaumitteln entsprechenden Umfang berücksichtigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über Bemühungen der PDS um rechtsextreme Wähler und über eine Zusammenarbeit von PDS-Verbänden und -Mitgliedern mit rechtsextremen Organisationen und Einzelpersonen vor allem in den neuen Ländern vor, und wie bewertet die Bundesregierung ggf. diese Tatsachen im Hinblick auf das Verhältnis der PDS zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung?

7. Abgeordneter
**Norbert
Hauser**
(Bonn)
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Meldung des Magazins „Der Spiegel“ vom 21. Juni 1999 bestätigen, daß zur Zeit eine Prüfung stattfindet, die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung zu beenden und die Einrichtung aufzulösen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

8. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)

Wann wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie dem Deutschen Bundestag nach § 4 Abs. 4 StrEG für 1999 über die Auswirkungen der Härteklausele des Stromerzeugungsgesetzes berichten?

9. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die tatsächliche Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien voraussichtlich dazu führen wird, daß schon mit Wirkung vom 1. Januar 2000 im Bereich einiger – vor allem norddeutscher – Energieversorgungsunternehmen die Abnahmeverpflichtung und Vergütungsregelung des Stromeinspeisungsgesetzes entfallen, wenn nicht rechtzeitig im Jahre 1999 eine andere Ausgleichsregelung gefunden wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)

Zu welchen Preisen können nach Kenntnis der Bundesregierung die Landwirte in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre Traktoren mit Kraftstoffen betanken, und in welchen Mitgliedstaaten ist das Betanken der Traktoren mit Heizölen erlaubt?

11. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)

Welche Wettbewerbsnachteile entstehen durch die Streichung der Gas-Öl-Beihilfe und die Erhöhung der Mineralölsteuer von 24 Pfennig/Liter für die landwirtschaftlichen Betriebe in den verschiedenen Betriebszweigen, und wie verträgt sich dies mit der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

12. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)

Ist es richtig, daß sich die mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt ins Leben gerufene „Bürger für Bürger-Stiftung“ in finanziellen Schwierigkeiten befindet, und beabsichtigt die Bundesregierung, das Stiftungskapital der „Bürger für Bürger-Stiftung“ auf die „Aktion Gemeinsinn“ zu übertragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

13. Abgeordnete
Kersten Naumann
(PDS)
- Welche Auffassung hat die Bundesregierung zum Sinn und Zweck der bio- und genmedizinischen Forschung zur Erzeugung von Zellgewebe zu therapeutischen Zwecken, und welche Möglichkeiten gibt es, Gewebe ähnlicher Qualität ohne die Benutzung menschlicher Zellen durch andere Verfahren herzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

14. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Inwieweit kann die Bundesregierung ausschließen, daß es durch die geplante Erhöhung von Patentgebühren nicht zu einer Beeinträchtigung der technologischen und innovativen Leistungsfähigkeit Deutschlands und zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen, insbesondere in den neuen Ländern mit vielen kleinen oder gerade in Gründung befindlichen Unternehmen, kommt?
15. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen sieht das Bundesministerium der Justiz mit den ihm unterstellten Patentämtern vor, um die zu erwartenden negativen Auswirkungen höherer Patentgebühren für die sich erst entwickelnde ostdeutsche Industrieforschung zu kompensieren?
16. Abgeordnete
Ina Lenke
(F.D.P.)
- Wie soll die von der Bundesministerin der Justiz, Dr. Herta Däubler-Gmelin, durch dpa-Meldung vom 23. Juni 1999 angekündigte „genaue Beobachtung“ der katholischen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen konkret ausgestaltet werden?
17. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung zur Klonierung von Embryonen bzw. embryonalen Stammzellen, wie sie in den USA laut Presseberichten seit dem vergangenen Jahr vorgenommen werden, und welchen wirkungsvollen Schutz gegen solche Vorhaben betrachtet sie in gesetzgeberischer Hinsicht als erforderlich?

- | | |
|---|--|
| 18. Abgeordneter
Dr. Ilja
Seifert
(PDS) | In welcher Weise will die Bundesregierung wirkungsvoll verhindern, daß unter dem Vorwand der Standortsicherung und Weltmarktkonkurrenz bzw. der „Freiheit der Forschung“ auf dem Gebiet der ethisch bedenklichen Gentechnologien entsprechende Kapazitäten errichtet und entwickelt werden? |
| 19. Abgeordneter
Rolf
Kutzmutz
(PDS) | Wie steht die Bundesregierung angesichts der kürzlich in den USA vollzogenen Klonierung menschlicher Zellen zur sogenannten „defekt-orientierter Sichtweise“ in der Biomedizin, die den Wert des Menschen am Vorhandensein oder Fehlen bestimmter Eigenschaften mißt? |
| 20. Abgeordneter
Rolf
Kutzmutz
(PDS) | Wie steht die Bundesregierung angesichts der kürzlich in den USA vollzogenen Klonierung menschlicher Zellen zu der Forderung, in allen einschlägigen Bestimmungen den Begriff der „Person“ durch den Begriff des „Menschen“ zu ersetzen, um damit sicherzustellen, daß alle Menschen dieselben Schutzrechte genießen? |
| 21. Abgeordnete
Eva-Maria
Bulling-Schröter
(PDS) | Erarbeitet die Bundesregierung einen Vorschlag zur Reformierung des Embryonenschutzgesetzes, u. a. mit dem Ziel, ein rechtlich sicheres Verbot der Klonierung mittels Kerntransplantation zu etablieren, und wann wird sie ihren Vorschlag zur Diskussion stellen bzw. die Ziele ihres Reformvorschlages erläutern? |
| 22. Abgeordnete
Eva-Maria
Bulling-Schröter
(PDS) | Erwägt die Bundesregierung – über ein rechtliches Verbot der Klonierung mittels Kerntransplantation hinaus – weitere Änderungen des Embryonenschutzgesetzes im Hinblick auf die rechtliche Zulässigkeit der Keimbahninterventionen und Präimplantationsdiagnostik, wie es die kolportierte Äußerung der Bundesministerin der Justiz, sie könne sich „unter gewissen Umständen eine Lockerung des strengen deutschen Embryonenschutzgesetzes vorstellen“ (Wirtschaftswoche 52/98 S. 136), nahelegt? |
| 23. Abgeordnete
Maritta
Böttcher
(PDS) | Was unternimmt die Bundesregierung, um die Diskussion über das „Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin des Europarates zum Schutz der menschlichen Würde bei biomedizinischen Eingriffen und Forschungen“ in die Öffentlichkeit zu bringen, und mit welchen Mitteln will sie das tun? |

24. Abgeordnete
**Maritta
Böttcher**
(PDS)

Kann die Bundesregierung es nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung ausschließen, daß die sogenannte freiwillige Sterilisation nicht vom sogenannten beamteten Arzt, einem jeweiligen Anstaltsleiter, einer vertrauten Betreuungsperson oder einer sogenannten unabhängigen Instanz auf Antrag gegen den potentiellen Willen betroffener Menschen durchgesetzt werden kann oder ihren Belangen und Interessen nicht gerecht wird oder gar entgegensteht, und sieht sie insoweit Handlungsbedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

25. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen**
(Bönstrup)
(CDU/CSU)

Sind die Aussagen des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Horst Bülck korrekt, wonach „die völlig verworrene rechtliche Situation nach dem Aus für den Duty-free-Handel“ diverse Ausnahmeregelungen von der allgemeinen E U-Bestimmung beispielsweise für „Freizeit-Skipper“ ermöglicht, und wenn ja, für welche Personen- und Unternehmensgruppen werden nach dem morgigen Auslaufen des innergemeinschaftlichen Duty-free-Handels derartige Ausnahmeregelungen gelten?

26. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen**
(Bönstrup)
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Horst Bülck, der aufgrund der ungeklärten Nachfolgeregelung für den innergemeinschaftlichen Duty-free-Handel eine Verlängerung der bestehenden Regelung über den 1. Juli 1999 hinaus fordert, bis es zu einer angemessenen Klärung aller strittigen Fragen auf nationaler wie europäischer Ebene gekommen ist, und wenn ja, auf welche Art und Weise wird die Bundesregierung eine derartige Verlängerungsfrist in die Praxis umsetzen?

27. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie mit den Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland zur Wiedergutmachung an Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen in den ehemals kommunistischen Staaten, zum Beispiel mit den im

Jahre 1972 zur Auszahlung an die seinerzeitige Volksrepublik Polen gelangten 103 Mio. DM zum Zwecke der Individualentschädigung von polnischen Opfern, pseudomedizinischer Versuche in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, tatsächlich verfahren wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

28. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bezüglich des Kooperationsmodells für die Logistik bzw. Instandsetzung des Eurofighter eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der betroffenen Gruppen (Bundesministerium der Verteidigung, Industrie, ÖTV, Bundeswehrverband, Hauptpersonalrat) gebildet werden sollte, um die Rechte und Mitwirkung der Betroffenen zu gewährleisten?
29. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat die geplante Reduzierung der Zivildienstzeit, und welche Auswirkungen haben die beabsichtigten Stellenkürzungen um mehr als ein Fünftel aller Zivildienststellen auf den Grundwehrdienst?
30. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Wie werden sich nach Einschätzung der Bundesregierung diese Veränderungen auf die Wehrgerechtigkeit und die Anzahl der Kriegsdienstverweigerungen auswirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

31. Abgeordneter
**Dr. Winfried
Wolf**
(PDS)
- Treffen Presseberichte (Stuttgarter Nachrichten vom 5. Juni 1999) zu, daß die Bundesregierung für Neubauten im Zusammenhang mit dem Projekt „Stuttgart 21“, einschließlich der Neubaustrecke Stuttgart — Ulm, vor dem Jahr 2003 keine Gelder bereitstellen will?

32. Abgeordneter
Dr. Winfried Wolf
(PDS)
- Macht die Bundesregierung sich die in der Presse zitierten Äußerungen des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Franz Müntefering, zu eigen, daß Bundesmittel nur für Neubaustrecken wie Stuttgart — Ulm und nicht für die geplanten Bahnhofsneubauten und Streckenverlegungen in Stuttgart fließen, und was wird aus diesen Mitteln im Falle eines Scheiterns der geplanten Grundstücksverkäufe in Stuttgart?
33. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, nicht nur bei neuen Bundesautobahnen Lärmschutzwände zu errichten, sondern in begründeten Fällen auch früher gebaute Strecken zu berücksichtigen, und welche Kriterien hat sie für solche Fälle?
34. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung zur Lärmschutzsituation an der BAB 3, z. B. im Abschnitt Donaubrücke bei Passau, neue Lärmmessungen vor, die diese Kriterien erfüllen?
35. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem von der Bayerischen Staatsregierung in Auftrag gegebenen IFO-Gutachten, wonach bis zum Prognosehorizont 2015 für die Binnenschifffahrt ein Transportaufkommen von 11,27 Millionen Tonnen zu erwarten ist?
36. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß nach der E U-Erweiterung zu den MOE-Staaten der Verkehr sowohl auf der Schiene zwischen Regensburg und Passau als auch beim gleichen Streckenabschnitt auf der A 3 in den nächsten Jahren zusammenbrechen wird, weil das hohe Gütertransportaufkommen nicht mehr bewältigt werden kann, und wie beurteilt sie die Feststellung im IFO-Gutachten, daß für den Zeithorizont des Jahres 2015 bei einer durchgehend leistungsfähig ausgebauten Donau ein Transportvolumen von ca. 14,7 Millionen Tonnen als realistisch anzusehen ist?
37. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, daß Politiker im vorigen Jahr den Verkauf von 113 000 Eisenbahnerwohnungen aus ihren Reihen als „nicht sozial verträglich“ entschieden

abgelehnt wurde, nun aber trotz anhaltender Proteste die Wohnungen veräußert werden sollen, und weshalb wird ein Alternativkonzept, das einen Großteil der Wohnungen als betriebliche Sozialeinrichtung erhielte, abgelehnt?

**38. Abgeordneter
Carsten
Hübner
(PDS)**

Wie ist das Festhalten der Bundesregierung am Verkauf von 113 000 Eisenbahnerwohnungen mit der Aussage der Bundesregierung aus dem Zukunftsprogramm 2000 „Privatisierung – Kein Weg zur Konsolidierung“ zu vereinbaren?

**39. Abgeordnete
Heidemarie
Ehlert
(PDS)**

Wer soll die Kosten von rd. 2,5 Mrd. DM für Wohngeld übernehmen, die der Bund in seinem Haushalt einsparen will?

**40. Abgeordnete
Christina
Schenk
(PDS)**

Welche Gründe liegen vor, die Wohngeldnovelle, deren Entwurf vor der Sommerpause 1999 und deren Wirksamwerden zum 1. Januar 2000 zugesagt war, nunmehr auf den 1. Januar 2001, also um ein ganzes Jahr, zu verschieben?

**41. Abgeordneter
Gerhard
Jüttemann
(PDS)**

Ist damit zu rechnen, daß das Tabellenwohngeld West erhöht sowie treffsicherer und familienfreundlicher gemacht wird, während das Tabellenwohngeld Ost vom Grundsatz auf dem bisherigen Niveau bleibt?

**42. Abgeordnete
Christine
Ostrowski
(PDS)**

Was sind nach Meinung der Bundesregierung die Ursachen dafür, daß die pauschalierten Wohngeldausgaben für Sozialhilfebezieher überdurchschnittlich gestiegen sind, und hat die Bundesregierung bei ihren Überlegungen zur Neuregelung der Verantwortung für das pauschalierte Wohngeld diese steigende Tendenz entsprechend berücksichtigt?

Bonn, den 25. Juni 1999